

Offener Brief an die Delegierten des ver.di Bundeskongresses

Wir verteidigen die Unabhängigkeit und Einheit unserer im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften !

Die Einheit mit den Beamten im gesamten öffentlichen Dienst kann es nur geben, wenn auch die Beamten endlich die vollen gewerkschaftlichen Rechte, das Streikrecht, erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Überraschung und Sorge mussten die Mitglieder unserer Gewerkschaften erfahren, dass der ver.di Vorsitzende Frank Bsirske mit dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Heesen, vereinbart hat, die „Tarifrunde in enger Abstimmung gemeinsam zu führen“, wie es der tarifpolitisch Verantwortliche für den Öffentlichen Dienst, Kurt Martin, auf einer Sitzung der Bundestarifkommission am 19./20. Juli 2007 bekannt gab.

Als Mitglieder der Einzelgewerkschaften und des DGB stehen wir zu den Grundsätzen des DGB, der in § 2 seiner Satzung festgehalten hat: *„Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften sind demokratisch aufgebaut. Sie sind unabhängig von Regierungen, Parteien, Religionsgemeinschaften, Verwaltungen und den Arbeitgebern.“*

Diese Grundsätze bilden das historische Selbstverständnis der unabhängigen Gewerkschaften in unserem Land und auf der ganzen Welt.

Die Gewerkschaften des DGB gründen auf den im Grundgesetz garantierten demokratischen Prinzipien

- des Rechts der Arbeitnehmer auf gewerkschaftliche Organisation (Koalitionsfreiheit, gewerkschaftliche Organisationsfreiheit);
- auf dem Recht auf organisierte Vertretung der unabhängigen Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer;
- auf dem Recht auf freie Tarifverhandlungen und Tarifvertragabschluss und auf die Garantiefähigkeit von für alle Beschäftigten verbindlichen Flächentarifverträgen (Tarifautonomie).

Diese Rechte beziehen ihre Durchsetzungskraft aus der gewerkschaftlichen Organisationskraft

und dem Streikrecht.

Sie haben ihren besonderen Stellenwert in einer Situation, in der von privaten wie von öffentlichen Arbeitgebern, den Regierungen und der EU soziale und gewerkschaftliche Errungenschaften Arbeitnehmer angegriffen werden und auf die Gewerkschaften Druck ausgeübt wird, auf die Vertretung der unabhängigen Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer und auf den gewerkschaftlichen Kampf zu ihrer Durchsetzung zu verzichten und im Rahmen eines Sozialen Dialogs den Abbau erkämpfter Errungenschaften „mitzugestalten“.

Es ist inakzeptabel und mit den demokratischen Grundsätzen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften nicht vereinbar, dass im Vorfeld des Tarifkampfes im Öffentlichen Dienst der ver.di Vorsitzende Frank Bsirske ohne demokratische Legitimation am DGB und den anderen Einzelgewerkschaften vorbei mit dem Deutschen Beamtenbund eine Vereinbarung abschließt.

Der dbb und seine Organisationen werden durch die von Frank Bsirske abgeschlossene Vereinbarung aufgewertet, können sich das Etikett „Gewerkschaft“ anheften. Die ver.di-Kollegen, aber auch GEW und GdP als Gewerkschaften, die jahrelang die Konflikte mit den Arbeitgebern und dem dbb durchgestanden und die Interessen der Beschäftigten verteidigt haben, werden fallengelassen!

Der Deutsche Beamtenbund ist der Dachverband von Organisationen, die nicht von den gemeinsamen unabhängigen Arbeitnehmerinteressen und der Notwendigkeit ihrer Vertretung gegenüber den Arbeitgebern ausgehen. Ihr Organisationsprinzip ist die kollektive Fürsprache für bestimmte „Berufsstände“. Die Beamten und die Minderheit von Arbeitnehmern und Angestellten erhalten durch den DBB weder

das Recht auf die Vertretung ihrer unabhängigen Interessen und Forderungen noch auf Streik und Kampf gegen den öffentlichen Arbeitgeber, den Staat.

Deshalb kennt der DBB in seiner Satzung nicht die Verpflichtung auf die Unabhängigkeit von Arbeitgebern und Regierung, Er versteht sich in fürsorglicher Abhängigkeit vom öffentlichen Arbeitgeber – bestenfalls als subalternen Kooperationspartner. Er ist ein ausdrücklicher Verfechter des Leistungsbezahls und des „Wettbewerbs“ im öffentlichen Dienst. Der DBB lehnt das Streikrecht für Beamte ab.

Die Einheit mit den Beamten im gesamten öffentlichen Dienst und die wirklich kraftvolle und demokratische Kooperation mit ihren spezifischen gewerkschaftlichen Vertretungen kann es nur geben, wenn auch die Beamten endlich die demokratischen Grundrechte erhalten

- **auf unabhängige gewerkschaftliche Organisation auf der Grundlage ihrer unabhängigen Interessen und Forderungen;**
- **auf freie Tarifverhandlungen und verbindlichen Tarifvertrag;**
- **auf Streik und gewerkschaftliche Arbeitskampfmaßnahmen**

Der dbb verweigert den Beamten diese Rechte.

Das gilt inzwischen auch für die Beamten in den DGB Gewerkschaften GEW und GdP, denen diese Rechte bis heute vorenthalten wer-

den, und die sich lange Zeit auf die Kooperation mit den anderen DGB Gewerkschaften im öffentlichen Dienst stützen konnten.

Durch die „Einheit“ mit einer Organisation wie dem DBB kann der Tarifkampf des Öffentlichen Dienstes nicht mehr unabhängig und in Verpflichtung auf das Mandat der Mitglieder geführt werden. Die „Einheit“ mit einer solchen Organisation stellt den Deutschen Gewerkschaftsbund in Frage. Sie bedroht alle Einzelgewerkschaften des DGB, weil sie deren grundlegenden Rechte und demokratischen Grundlagen negiert. Sie bedroht die innergewerkschaftliche Demokratie.

Für die Rückkehr zu einem bundeseinheitlichen Flächentarifvertrag und zu einem bundeseinheitlichen Beamtenrecht im öffentlichen Dienst ist die Einheit aller Beschäftigten dringend notwendig. Für dieses Ziel müssen wir der weiteren Zersplitterung unserer Tarifverträge nach Bereichen, Regionen und Laufzeiten entgegen treten. Für dieses Ziel haben wir das volle Recht, auch als Beamte das Streikrecht wahrzunehmen. Dieses Recht steht ver.di, GEW, DPG und TRANSNET nach den Konventionen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation zu.

Wir wenden uns deshalb an die Vorstände von ver.di und an die Delegierten des ver.di Gewerkschaftstages im Oktober in Leipzig mit der Aufforderung, die „Tarifunion“ mit dem Deutschen Beamtenbund rückgängig zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit der DGB Gewerkschaften zu wahren.

Die Verteidigung des Flächentarifvertrags und der Tarifautonomie, die unabhängige Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer ist nur möglich mit einer im DGB geeinten Gewerkschaftsbewegung in Deutschland !

Beschlossen auf einer Veranstaltung am 12.9.2007 an der KollegInnen von ver.di, NGG, GEW, Transnet, IG BAU teilgenommen haben und die weitere KollegInnen unterstützt haben.

Kontaktadressen:

Rainer Döring; Rai.Doering@t-online.de

Gotthard Krupp; Knesebeckstr.98 ; 10623 Berlin ; GotthardKrupp@t-online.de